

Beitrag zum Ausstellungskatalog:

Anna Tüne (HG): TOPOGRAPHIEN der MENSCHLICHKEIT 2

Jenseits von Lampedusa – willkommen in Kalabrien

Bielefeld 2016

<http://ajz-verlag.de/produkt/anna-tuene-hg-jenseits-von-lampedusa-willkommen-in-kalabrien/>

Orte des Willkommens in Deutschland?

Von Elisabeth Voß

Im ländlichen Raum, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, sind immer mehr Regionen von ähnlichen Problemen betroffen wie Riace. Viele Jüngere ziehen in die Städte, weil es auf dem Land keine Arbeitsplätze und zu wenig kulturelle Angebote gibt. Schulen müssen schließen, die Bahn fährt vielleicht noch durch den Ort, hält aber nicht mehr an, Buslinien werden eingestellt und irgendwann macht auch der letzte Laden dicht. Eine Abwärtsspirale. Und nun kommen Menschen in großer Zahl nach Deutschland, vor allem viele junge Menschen aus aller Welt. Da drängt sich geradezu die Frage auf: „Flüchtlinge nach Ostdeutschland?“ Prof. Dr. Frank Eckardt von der Bauhaus-Universität Weimar stellte sie in seinem gleichnamigen Beitrag in der Dezember-Ausgabe 2015 der Blätter für Deutsche und Internationale Politik. Unter seiner Leitung führte die Universität im Sommersemester 2015 das Projekt „Willkommensstädte“ durch, in dem 30 deutsch- und 10 arabischsprachige Studierende sechs Orte in Thüringen untersuchten, um herauszufinden, wie die Integration von Flüchtlingen gelingen kann. Neben den größeren Städten Erfurt, Gera und Jena erhoben sie auch in den Kleinstädten Artern, Meinigen und Mühlhausen die jeweiligen Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken für die Integration geflüchteter Menschen.

Die Landeshauptstadt Erfurt versteht sich als Vorreiter einer Willkommenskultur, es gibt viele gut vernetzte Initiativen und großes Engagement aus der Bevölkerung. Die Stadt bemüht sich um vielfältige Unterbringungsangebote anstelle von Massenunterkünften. In Gera und Jena ist die Situation schwieriger, jedoch gibt es einen Freundeskreis für Flüchtlinge in Gera und das MediNetz in Jena, das medizinische Hilfen insbesondere für illegalisierte Geflüchtete anbietet, und Teil des bundesweiten Netzwerks medibueros.org ist. Im sehr peripher gelegenen Artern ist vor allem das Vorhandensein eines Büros der Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung (ThINKA) von Bedeutung. Meinigen versteht sich ausdrücklich als Willkommensstadt und hat ein Integrations-Netzwerk aufgebaut, dessen Mitglieder hoffen, wenigstens einen Teil der Flüchtlinge im Ort halten zu können. Ihm gehören sowohl Behörden an, als auch zum Beispiel Caritas und Diakonie, Volkshochschule, Handwerkskammer und Agentur für Arbeit. Unabhängig von ihrem Asylstatus wird Flüchtlingen Unterstützung bei der Jobsuche angeboten. Zum Netzwerk gehören ebenfalls eine Reihe von Vereinen und Initiativen, soziale Träger und Unternehmen. Auch in Mühlhausen gibt es ein Willkommens-Netzwerk.

Der Abschlussbericht des Projekts der Universität Weimar macht deutlich, dass vor allem die soziale Integration der Geflüchteten eine große Herausforderung darstellt. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist groß, und viele Unterstützerinnen und Unterstützer gehen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Jedoch gibt es sprachliche Barrieren, und oft sind Flüchtlinge auch verunsichert und haben Angst, aufzufallen. Vor allem in den kleineren Orten treffen sie auf Ablehnung, die sich zum Beispiel in überzogenen Verhaltensanforderungen zur Einhaltung der Nachtruhe oder zur Mülltrennung zeigt. ThÜGIDA (Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes) und andere mehr oder weniger organisierte rechte Gruppen führen flüchtlingsfeindliche Demonstrationen

durch, und immer wieder kommt es zu rassistischen Übergriffen. Das macht es schwer, nach den Leiden der Flucht zur Ruhe zu kommen, oder sich gar zu Hause zu fühlen. Viele Geflüchtete leiden unter der Isolation in abgelegenen Unterkünften und an fehlenden Arbeitsmöglichkeiten. Statt in die Rolle von Hilfsbedürftigen gedrängt zu werden, möchten sie an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben. Sobald sie einen geklärten Aufenthaltsstatus haben, verlassen viele von ihnen die Regionen und gehen in größere Städte.

Eine umfassende Willkommenskultur lässt sich aus den Ergebnissen des Projektes nicht erkennen, jedoch vereinzelt hoffnungsvolle Ansätze. In ihrem Abschlussbericht empfiehlt die Studiengruppe, in der öffentlichen Kommunikation die Aufnahme von Flüchtlingen stärker positiv zu besetzen. Gerade angesichts schrumpfender Regionen sollte der Zuzug neuer Bewohnerinnen und Bewohner als Chance gesehen werden, auch wenn dafür noch Konzepte fehlen. Statt in Sammelunterkünften sollten Flüchtlinge verstärkt dezentral untergebracht werden. Sie sollten bei der Selbstorganisation und gemeinsamen öffentlichen Selbstdarstellung unterstützt werden, um ihre Isolation zu durchbrechen. Ämter und Behörden brauchen interkulturelle Kompetenzen und in der Bevölkerung müsste die Akzeptanz durch Informationen und kulturelle Angebote verbessert werden. Ehrenamtlich Engagierte brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung. Die Universität geht davon aus, dass das Flüchtlingsthema auf viele Jahre aktuell bleiben wird und hat eine Reihe weiterer Projekte geplant, zum Beispiel eine Sammlung positiver Beispiele für eine Willkommenskultur und ein Konzept für die interkulturelle Fortbildung von Lehrkräften.

Frank Eckardt weist darauf hin, dass es nicht ausreicht, sich politisch gegen rechts zu positionieren, sondern dass die Geflüchteten persönliche Kontakte und emotionale Nähe brauchen. Viele von ihnen sind hoch motiviert, sich eine Existenz in Deutschland aufzubauen. So berichtet er über eine türkisch-syrische Flüchtlingsfamilie, die in Mühlhausen einen Dönerbetrieb mit 13 Angestellten aufgebaut hat. Eckardt empfiehlt, das Augenmerk auf die Stärken und Fähigkeiten der neuen Nachbarinnen und Nachbarn zu richten, und er empfiehlt: „Wer Flüchtlinge im Osten halten will, muss die freistehenden Gebäude und die leeren Landschaften auch als Chance verstehen, kreative Lösungen für das Zusammenleben zu suchen, alte Konfliktlinien zu überwinden und eine neue Übereinkunft für ein gutes Leben in der eigenen Stadt zu finden.“

Im brandenburgischen Golzow, das durch die Langzeit-Filmdokumentation „Die Kinder von Golzow“ bekannt wurde, ist die Freude über Zuziehende groß. Denn eigentlich hätte die Schule schließen müssen, weil es nicht mehr genug Anmeldungen gab. In ihrem Beitrag „Die neuen Kinder von Golzow“ berichtet Simone Gaul auf Zeit Online am 14. September 2015, wie Bürgermeister Frank Schütz in letzter Minute zwei syrische Familien einlud, nach Golzow zu ziehen und drei ihrer Kinder dort einzuschulen. Aus der Nachbarschaft gab es Hilfestellungen bei der Ausstattung der Wohnungen, und mit der Unterstützung durch einen Arabisch-Dolmetscher konnten Fragen zur Teilnahme am Sportunterricht und zu Essensgewohnheiten geklärt werden. Die Schule wurde gerettet, und die Familien fühlen sich wohl und möchten gerne bleiben. Der Beitrag endet vorsichtig zuversichtlich: „Bürgermeister Schütz bleibt optimistisch: 'Unsere Syrer leben sich so gut ein. Wir wollen sie hier behalten. Es wäre doch Wahnsinn, sie wieder wegzuschicken.' Und falls es doch zu dieser Entscheidung kommen sollte, dann sei Golzow bereit, für die Flüchtlinge zu kämpfen. 'Wir sind kein Dorf, das schnell aufgibt.'“ Als jedoch das Land Brandenburg viele Geflüchtete in einer Halle unterbringen wollte, sprach er sich dagegen aus. Stattdessen möchte Schütz wieder einzelne Familien aufnehmen, denn auch zum nächsten Schulbeginn fehlen noch Kinder, berichtet Ernst-Ludwig von Aster in einem Feature bei Deutschlandradio Kultur vom 7. Februar 2016. Der Aufenthalt der ersten beiden Familien ist mittlerweile gesichert.

In der Gemeinde Letschin, nur wenige Kilometer entfernt von Golzow, leben im kleinen Dorf Voßberg fast ebenso viele Flüchtlinge wie Einheimische. Der zuständige Landrat Lutz Amsel erklärt in einem Bericht von Svenja Pelzel in Deutschlandradio Kultur am 19. August 2015 sein Erfolgsrezept: „Reden, reden, reden und die Leute mitnehmen. Das Einfache, was schwer zu

machen ist.“ Nach dieser Devise handelt er auch in den anderen Ortschaften seiner Gemeinde. Er lädt zu Einwohnerversammlungen ein, auf denen „sich erste Willkommenskreise vor Ort bilden. Und mit denen arbeiten wir eng zusammen, organisieren auch runde Tische und Ähnliches. Also das heißt wir kommen nicht einmal hin und sagen: Hier sind die Asylbewerber und nu' macht mal, sondern versuchen, gemeinsam mit den Bürgern vor Ort dieses tägliche Leben zu organisieren und ständig zu begleiten.“

Immer mehr kleine Orte und ländliche Gemeinden hoffen darauf, dass wenigstens einige der Flüchtlinge bleiben. So zum Beispiel auch die schrumpfende Kleinstadt Hettstedt in Sachsen-Anhalt, wo sich der Bürgermeister gemeinsam mit dem örtlichen Fußballverein für Integration engagiert. Der Bürgermeister von Friedland in Mecklenburg-Vorpommern sieht in den Geflüchteten ebenfalls eine große Chance für seine Stadt. Im Westerwald, im Dreiländereck von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen, hat Solidarität eine jahrzehntelange Tradition. Seit den 1980er Jahren haben sich dort fast 100 Selbstständige und Kleinunternehmen aus Handwerk und Handel, Medien und Beratung, Gesundheit und Bildung zum Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netz (WIBeN) zusammengeschlossen. Sie unterstützen sich gegenseitig, unter anderem mit einem Solidaritätsfonds für Einnahmeausfälle und persönliche Notsituationen. Seit 2015 haben sie zusätzlich einen regionalen Spendenfonds für Flüchtlinge eingerichtet. Neben der direkten Unterstützung, zum Beispiel für medizinische Leistungen oder rechtliche Beratung, werden daraus auch Solidaritäts-Strukturen finanziert. So wurde eine Fahrradwerkstatt eingerichtet, Patinnen und Paten können Fahrtkostenzuschüsse bekommen etc. Auch das Alarmphone wurde vom Flüchtlingsfonds unterstützt. Über eine international einheitliche Rufnummer nimmt dieses rund um die Uhr Informationen über Bootsrouten und Notrufe entgegen. Ehrenamtlich Engagierte arbeiten in 8-Stunden-Schichten und alarmieren im Notfall die Küstenwachen, und wenn die nicht reagieren, bauen sie über das Internationale Flüchtlingshilfswerk UNHCR und Medieninformationen Druck auf. Seit der Gründung 2014 konnte das Alarmphone bereits viele tausend Flüchtlinge vor dem Ertrinken im Mittelmeer retten.

Ausgehend von Schweden und Norwegen formiert sich seit den 1990er Jahren eine europäische Dorfbewegung, die eine gemeinsame Interessenvertretung anstrebt. Im November 2015 versammelte sich im österreichischen Schärding ein Europäisches Dorfparlament (European Rural Parliament) mit Vertreterinnen und Vertretern aus 37 Ländern. Dort wurde ein Manifest verabschiedet, in dem die Unterstützung der Regierungen und europäischen Institutionen eingefordert wird, um den Niedergang der Dörfer umzukehren.

Im Manifest ist auch der Wunsch nach Integration von Flüchtlingen formuliert, als Teil einer insgesamt wünschenswerten und zukunftsfähigen Dorfentwicklung. Aus Deutschland war das Brandenburgische Netzwerk für Lebendige Dörfer vertreten.